**Zeitschrift:** Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

**Herausgeber:** Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

**Band:** 135 (1957)

**Artikel:** Basel im zweiten Weltkrieg : 1939-1945

**Autor:** Grieder, Fritz

**Kapitel:** Im Vorfeld des Krieges

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-1006923

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 12.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Zeugnisse allein vermögen nicht, die mit Spannung geladene Atmosphäre, die im Innern der Menschen wirkenden Kräfte jener Kriegsjahre wieder aufleben zu lassen. Fremd bleiben vielleicht dem späteren Betrachter die wechselvollen, der jeweiligen militärischen Entwicklung folgenden Stimmungen der Bevölkerung. Sie erst geben dem Bild das natürliche Kolorit und verleihen ihm Leben. Es mag überflüssig sein, noch besonders hervorzuheben, welche Überwindung es kostet, sich in die hasserfüllteste aller Zeiten, in einen alles Leben zerstörenden Völkerkampf zurückzuversetzen. Wir tun es gleichwohl, weil jener entscheidende Zeitabschnitt auch den heutigen Menschen Wesentliches zu sagen hat. «Grosse und tragische Erlebnisse reifen den Geist und geben ihm einen andern Maßstab der Dinge, eine unabhängige Taxation des Irdischen.» Dieses Wort Jacob Burckhardts trifft auch auf die Geschehnisse während des zweiten Weltkrieges zu.

So stark sich in den Kriegsjahren die eindrücklichen Vorgänge in unserer Stadt und ihrer Umgebung in das Gedächtnis der Zeitgenossen auch einprägten, viele haben unter dem Einfluss der schnellebigen Gegenwart seither ihre Erfahrungen wieder vergessen und möchten nicht wieder daran zurückdenken müssen. Eine neue Generation wächst heran; für sie stellt diese Epoche bereits Vergangenheit dar. Vielleicht ist es heilsam, heute jene unruhigen Monate und Jahre wieder aufleben zu lassen, jene Zeit der Ungewissheit, die alles in Frage gestellt hat, was uns selbstverständlich ist. In Erinnerung an jenen rühmlichen Abschnitt unserer Landesgeschichte werden wir vieles, was uns heute im Leben unseres Volkes vielleicht missfällt, in milderem Lichte sehen. Und die junge Generation findet in der geschichtlichen Darstellung der Geschehnisse von 1939 bis 1945 ein Glied in der Kette unserer Überlieferung, die vor allem in kritischen Perioden immer wieder Wegleiterin der Schweizer geworden ist.

## Im Vorfeld des Krieges

Wer heute, ganz Mensch der Gegenwart, einzig im Hochgefühl der beispiellosen Wirtschaftsblüte lebt, wird sich nur schwer in die krisengeladene Zwischenkriegszeit, in eine Atmosphäre des Kleinmutes und der Ängstlichkeit zurückversetzen können. Drückend lastete auf einem innerlich und äusserlich verarmten Europa die wirtschaftliche Sorge, nicht minder die geistige Bedrohung, die der erste Weltkrieg als böse Erbschaft hinterlassen hatte. Auch unsere Stadt konnte sich den direkten und indirekten

Auswirkungen der kritischen Konstellation auf dem europäischen Kontinent nicht entziehen.

Während der erste Weltkrieg wie ein plötzliches, kaum geahntes Unwetter über die europäischen Völker hereingebrochen war, kündigte sich der zweite weltweite bewaffnete Konflikt bereits in der ersten Hälfte der Dreissigerjahre selbst dem in politischen Dingen wenig bewanderten Bürger durch allerlei üble Anzeichen deutlich genug an. Die Basler Bevölkerung darf für sich in Anspruch nehmen, in diesem Punkt besonders hellhörig gewesen zu sein.

Noch lebt in aller Erinnerung die Zeit der Massenarbeitslosigkeit, die nichts Gutes zu verheissen hatte. Allein in unserer Stadt lagen, bedingt durch eine schwere Absatzkrise in der Exportindustrie und durch den Stillstand im Baugewerbe, zeitweise über siebentausend Arbeitskräfte brach. Bedeutende Industrieunternehmungen und gewerbliche Betriebe mussten ihre Produktionsstätten schliessen, andere sahen sich gezwungen, die Arbeitszeit stark zu kürzen. Wer aber noch einen gesicherten Arbeitsplatz hatte, war durch Lohnabbau in seiner Existenz bedroht. Eine gefährliche Mißstimmung gegen den demokratischen Staat und seine Einrichtungen ergriff weite Kreise des Mittelstandes und zahlreiche Intellektuelle.

Gleichzeitig mehrten sich die politischen Alarmzeichen, die den Triumph der gefährlichen nationalistischen Strömungen befürchten liessen. Wie Pilze wuchsen die meist deutsch-nationalsozialistisch angehauchten Fronten aus dem Boden. In Basel gründete der berüchtigte Ernst Leonhardt den Volksbund, Schweizerische Nationalsozialistische Arbeiterpartei, ein in Organisation und Kampftaktik treues Ebenbild der deutschen Nationalsozialisten, und umgab sich nach berühmtem Muster mit einer SS-Leibwache. Seine 400 mitverschworenen Kampfgenossen schrieben den Kampf gegen die demokratische Staatsform, die Hetze gegen die Juden und die westlichen Grossmächte auf ihre Fahne.

Was war auf internationalem Boden geschehen? Mit dem Machtantritt Hitlers hatten die nationalistischen Kräfte unter Ausnützung der wirtschaftlichen Not, die Deutschland besonders schwer heimsuchte, einen entscheidenden Sieg über die universalistisch-pazifistischen Strömungen errungen. Als Fanatiker des Nihilismus verkündete der neue Reichskanzler ein Aktionsprogramm, das im Grunde sowohl innen- als auch aussenpolitisch die Vernichtung der erhaltenden Kräfte der Tradition zum Ziele hatte. Mit seinem Dogma von der angeblichen Überlegenheit der germanischen Stämme versetzte er das deutsche Volk in einen nie dagewesenen Machttaumel. Diesem fanatischen Glauben an die eigene Mehrwertigkeit entsprachen Hitlers aussenpolitische Richtlinien: Sprengung des Vertrages von

Versailles und Vorherrschaft über Europa. Im Dienste dieser aussenpolitischen Machtpolitik stand die Konzentration der innerpolitischen Gewalt in der Hand eines Führers und die damit verbundene vollständige Unterordnung des Einzelwillens unter den totalitären Staat. «Recht ist, was uns nützt», so lautete die Parole.

Je deutlicher Hitlers Absichten ins Bewusstsein der Völker traten, desto klarer wurde gerade uns Schweizern die schwere Bedrohung, die sich für unsern Kleinstaat am Horizont abzeichnete. Doppelt drohte die Gefahr: Im Innern durch die systematische Herabwürdigung und Unterhöhlung der demokratischen Einrichtungen, von aussen durch den Machtanspruch des Deutschen Reiches, der in erster Linie den Nachbarländern mit germanischem Einschlag, dann dem Kleinstaat als solchem und schliesslich in letzter Konsequenz allen unabhängigen Nationen der Welt überhaupt galt. Wenn auch vorerst keine akute Gefahr bestand, bis die nationalsozialistische Bewegung im Innern des Reiches ihre Gegner liquidiert und ihre Stellung gefestigt hatte, so war doch der Ernst der Situation, vor allem im Hinblick auf die schwere Erschütterung der schweizerischen Wirtschaft durch die Krise, nicht zu übersehen. Mehr und mehr setzte sich die Ansicht durch, dass unter den gegebenen Umständen der Aussenpolitik die Vorzugsstellung gebühre und dass die mannigfachen inneren Auseinandersetzungen zurückgestellt werden müssten.

Der exponierten Lage unserer Stadt entsprechend, erkannte man hier wohl früher als in anderen Landesteilen der Schweiz die verhängnisvolle politische Gefahr. Beinahe instinktiv ahnten schon damals Bürger aller sozialer Gruppen, wie sehr unsere demokratischen Lebensformen durch den in Deutschland gepriesenen Gewaltglauben und die Leugnung der Lebensrechte anderer Völker gefährdet wurden. Der Anbetung des länderfressenden Großstaates stellten sie den Glauben an den Kleinstaat entgegen, dem Führerprinzip das Bekenntnis zum politischen Mitspracherecht aller Bürger. Wo die Nationalsozialisten die vollständige Unterwerfung des Individuums unter einen bösartigen Machtstaat verlangten, waren die Schweizer darauf bedacht, ihren privaten Lebenskreis innerhalb der demokratisch geordneten Gemeinschaft eifersüchtig zu hüten. Der tägliche Anschauungsunterricht, den die Basler Grenzlandbewohner sozusagen als unfreiwillige Zuschauer bei den Ausschreitungen der Nationalsozialisten in der badischen Nachbarschaft erleben durften, öffnete sogar den Ahnungslosen die Augen. Schliesslich trugen aber auch manche Vorgänge in Basel selbst dazu bei, die Atmosphäre zu vergiften.

In diesem Zusammenhang ist die Aufsehen erregende Entführungsaffäre Wesemann–Jacob zu erwähnen. Der seit kurzem in Basel tätige jüdische Jour-

nalist Berthold Jacob, deutscher Staatsangehöriger, wurde am 9. Februar 1935 durch den Lockspitzel Dr. H. Wesemann im Automobil auf deutsches Gebiet verschleppt und dort der Staatspolizei übergeben. In den Interpellationen von Ständerat Dr. E. Thalmann und Nationalrat F. Schneider kam am 25./26. März vor den eidgenössischen Räten die heftige Reaktion der Basler Bevölkerung auf die übeln Methoden der Gestapo zum Ausdruck. Erst auf mehrfachen energischen Protest des Eidgenössischen Politischen Departementes hin bequemten sich die deutschen Amtsstellen dazu, den Entführten den schweizerischen Behörden zurückzugeben, worauf er wegen unerwünschter politischer Tätigkeit aus unserem Lande verwiesen wurde. Das Basler Strafgericht verurteilte den Gestapoagenten Wesemann am 6. Mai 1936 zu drei Jahren Zuchthaus.

Obgleich es sich vorerst noch um eine Angelegenheit der deutschen Staatsangehörigen handelte, wirbelte die innere Umgestaltung der Basler Deutschen Kolonie nach nationalsozialistischem Muster ebenfalls viel Staub auf. Nach der Gründung einer Ortsgruppe Basel der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) wurden die Kinder der in Basel wohnhaften Deutschen in der Hitlerjugend und im Bund deutscher Mädchen zusammengeschlossen. Die Organisation «Deutsche Arbeitsfront» suchte die Gesamtheit der in Basel wohnhaften berufstätigen Deutschen zu erfassen und sollte unter neutraler Flagge die Gleichschaltung aller jener ermöglichen, die der NSDAP indifferent oder gar feindlich gegenüberstanden. An der Universität entwickelte die «Deutsche Studentengruppe» eine auffällig intensive Tätigkeit. Es versteht sich, dass die beinahe zur Tradition gewordenen engen Beziehungen zwischen den Angehörigen der Deutschen Kolonie und unserer Bevölkerung beeinträchtigt wurden, weil eine den meisten Baslern fremde Ideologie die hier ansässigen Deutschen zu beherrschen trachtete.

Nur aus diesen Vorgängen heraus ist zu erklären, dass sich beim Hissen der Hakenkreuzflaggen über dem Badischen Bahnhof und dem Deutschen Konsulat Teile unserer Bevölkerung zu antinationalsozialistischen Kundgebungen hinreissen liessen, die unsere Polizeibehörden immer wieder vor unangenehme Aufgaben stellten. Zweifellos sprach aus diesem Verhalten nicht nur der Widerstandswille gegen nationalsozialistische Anmassung, sondern auch ein sozusagen historisches Ressentiment, das in den Beziehungen zu Deutschland seit altersher immer wieder durchzubrechen droht. Gleichwohl wirkt es erstaunlich, dass in Basel das Tischtuch so früh zerschnitten wurde, wo doch gerade hier noch zwanzig Jahre zuvor besonders enge kulturelle, wirtschaftliche, ja sogar politische Verbindungen mit den deutschen Nachbarn im Markgräflerland und im Elsass bestanden hatten.

Wenn je die Presse Spiegelbild der öffentlichen Meinung war, dann trifft dies sicher für die Basler Zeitungen in den Dreissigerjahren zu. Von einer unrühmlichen Ausnahme abgesehen, distanzierten sie sich einhellig und eindeutig vom nationalsozialistischen Gedankengut, die linksgerichteten Blätter in eher affektgeladenen Artikeln, die bürgerlichen nicht weniger klar, aber in gemässigter Form. Der tiefe Widerspruch zwischen der freien Basler Presse, die gewillt war, die Wahrheit zu sagen, und der staatlich gelenkten Presse des autoritären Regimes wurde für die deutschen Machthaber um so peinlicher, als gerade die «Basler Nachrichten» und die «National-Zeitung» in Deutschland zu den meistgelesenen deutschsprachigen Auslandzeitungen gehörten. Da die deutsche Presse, seit 1933 unter scharfer Zensur stehend, nur noch veröffentlichen durfte, was dem Reiche nach nationalsozialistischer Auffassung nützte, konnte die gänzliche Sperre der Schweizer Zeitungen im Reichsgebiet bloss eine Frage der Zeit sein. Am 30. Juni 1934 wurde – neben der «Neuen Zürcher Zeitung» und dem «Bund» – die «National-Zeitung» erstmals verboten, am 2. Juli 1935 auch die «Basler Nachrichten». Weitere Verbote trafen noch im gleichen Jahr so gut wie alle deutschsprachigen Zeitungen unseres Landes; zu den wenigen Ausnahmen zählte die «Neue Basler Zeitung».

Nachdem offenbar wurde, dass hinter den nationalsozialistischen Forderungen eine riesenhafte militärische Aufrüstung stand, war für jedermann klar, welchen Weg Deutschland zur Durchsetzung seiner Ansprüche zu beschreiten entschlossen war. Die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes im Jahre 1936 wurde für alle Nachbarstaaten Deutschlands zum Warnungszeichen dafür, dass die Gefahr, die bis dahin latent gedroht hatte, nun in ein akutes Stadium trat. Beinahe erschreckender noch war es aber, das Versagen jener Kräfte festzustellen, die sich eigentlich für die Erhaltung der bestehenden europäischen Ordnung hätten einsetzen müssen.

Was von nun an bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges die Beziehungen des Reiches zur Schweiz bestimmte: unaufhörliche Presseangriffe, Überschwemmung unseres Landes mit reichsdeutschen Propagandaschriften, unfreundliche Radiosendungen, Aufbau von nationalsozialistischen Stützpunkten in den wichtigeren Schweizerstädten, Gründung von Spionageringen, wirtschaftliche Pressionsversuche, alles dies erkannte man auch in Basel als Teil eines wohldurchdachten, systematischen Feldzuges gegen die Unabhängigkeit der Schweiz. Dieser verriet deutlich die Absicht der deutschen Machthaber, den Kampf gegen jeden Staat, der als dereinstige Beute ausersehen war, nicht nur auf militärischem Gebiet vorzubereiten, sondern ihn in alle seine Lebensbezirke, gewissermassen bis ins Herz des einzelnen Bürgers, zu tragen. Der totalitäre Krieg galt also der

öffentlichen Meinung im Feindesland, dem Radio, der Presse ebensosehr wie den wirtschaftlichen Belangen. Erst zuletzt, im entscheidenden Höhepunkt, sollte der militärische Angriff ebensowohl vorbereitet als umfassend ausgelöst werden. So betrachtet befand sich das Deutsche Reich bereits drei Jahre vor der Einleitung militärischer Aktionen im Kriegszustand mit sämtlichen Nachbarstaaten, die Schweiz eingeschlossen.

Wer sich der Tatsache bewusst war, dass vor dem ersten Weltkrieg und dann wieder in den Zwanzigerjahren in Basel deutsche Staatsbürger zu Tausenden eingebürgert worden waren, erkannte auch, welche Möglichkeiten sich einer staatsfeindlichen deutschen Propoganda hier boten, und eben auf die erhoffte nationale Unzuverlässigkeit dieser zum Teil noch kaum richtig assimilierten Kräfte gründeten die Nationalsozialisten ihre subversiven Pläne.

Dass Basel, früher als dies viele Miteidgenossen verstehen konnten, auf ausgedehnte Abwehrmassnahmen gegen die braune Flut drängte, ist aus seiner geographischen Lage heraus wohl verständlich. Wo sonst gab es jetzt im deutsch–schweizerischen Verhältnis mehr Reibungsflächen als eben im Gebiet der Rheinstadt? Zu langsam und zu vorsichtig reagierten die Bundesbehörden damals für manchen Basler auf die versteckten und offenen Angriffe der deutschen Presse gegen unsere Unabhängigkeit. Aus dieser Ungeduld heraus ist auch die Lancierung einer kantonalen Initiative zum Verbot der deutsch-nationalsozialistischen Organisationen innerhalb des Kantons Basel-Stadt zu erklären, eines Volksbegehrens, das seinem Inhalte nach zu einem Kompetenzkonflikt zwischen kantonalen und eidgenössischen Behörden führen musste. Auch die ansehnliche Unterschriftenzahl von 15 300, welche die Initiative auf sich vereinigte, konnte den Bundesrat nicht hindern, der Basler Regierung am 2. September 1938 zu empfehlen, sie nicht zur Abstimmung zu bringen, da die Gesetzgebung auf diesem Gebiet in die Kompetenz der Bundesbehörden falle. Einen Rekurs gegen diesen Entscheid lehnte das Bundesgericht ab. Damit wurde auch zum Ausdruck gebracht, dass Schutzmassnahmen jeglicher Art nur erfolgreich sein konnten, wenn sie unter gesamtschweizerischem Aspekt getroffen wurden. Die Initianten und mit ihnen weite Kreise der Basler Bevölkerung befürchteten jedoch, die Bundesbehörden möchten mit Rücksicht auf aussenpolitische Schwierigkeiten solche politische Vorkehrungen gegen die Nationalsozialisten umgehen. Obgleich die Basler vielleicht mehr als andere Schweizer über die Grenzpfähle hinauszublicken pflegen, setzte sich gerade hier wohl zuerst die Meinung durch, in den kommenden Jahren werde eine betont enge Gemeinschaft mit den eidgenössischen Mitständen, ein eigentlicher Schulterschluss, unumgänglich sein. Nirgends empfand man aber auch die drohende Isolierung gegen aussen stärker als in der Rheinstadt.

Worin bestanden die Massnahmen zum Schutze unseres Landes? Am sichtbarsten wurden sie auf militärischem Gebiet. Im Zeichen des kommenden Krieges standen die Verlängerung der Rekrutenschulen und der Wiederholungskurse, eine Neuorganisation des Grenzschutzes und die Neubewaffnung von Infanterie und Artillerie im Rahmen der Truppenordnung von 1938, ferner der Bau von modernen Sperrfestungen an den Landesgrenzen und die Aufstellung einer Luftschutzorganisation; dies alles wurde mit einer Selbstverständlichkeit verwirklicht, die ganz vergessen liess, dass noch wenige Jahre vorher die Notwendigkeit einer Armee überhaupt zur Diskussion gestellt gewesen war. Darin äusserte sich auch der bedeutsame Gesinnungswandel der sozialistisch orientierten Arbeiterschaft in der Frage der Landesverteidigung, zeigten sich doch angesichts der schweren äusseren Gefahren die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei in ihrer Mehrheit bereit, den bürgerlichen Sozialstaat mitverteidigen zu helfen, wodurch erst die Schaffung einer geschlossenen inneren und äusseren Front möglich wurde. Derselbe Kanton Basel-Stadt, der erst noch wegen der militärgegnerischen Haltung seiner Arbeiterschaft geschmäht worden war, stimmte 1936 mit ansehnlicher Mehrheit für die Verlängerung der Rekrutenschulen und zeichnete 42 Millionen Franken Wehranleihe, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet den weitaus grössten Betrag unter allen Kantonen.

Voraussetzung einer Neuorientierung der Arbeiterschaft im nationalen Sinn war die Bereinigung schwerer Spannungen, die zum Teil der Wirtschaftskrise entsprangen. Hier schuf die Beendigung der verhängnisvollen Deflationspolitik durch den Abwertungsbeschluss des Bundesrates jenes günstige Verhandlungsklima zwischen Arbeitgebern und -nehmern, in dem das beispielhafte Abkommen über den Arbeitsfrieden in der Metallindustrie (1937) erst zustandekommen konnte. Den Weg dazu hatten allerdings die Basler mit ihrem Arbeitsrappengesetz (1935) schon vorher gewiesen. Zur allgemeinen Erleichterung sank die Arbeitslosenzahl von 1937 an rapid, und der Geschäftsgang von Industrie und Gewerbe besserte sich zusehends so deutlich, dass der Bundesrat, durch die Erfahrungen im ersten Weltkrieg gewitzigt, nun ohne Bedenken auf Lagerhaltung grosser Reserven an Rohstoffen und Nahrungsmitteln dringen konnte. Was in dieser Zeit auf wirtschaftlichem Gebiet an Kriegsvorsorge in die Wege geleitet wurde, sollte sich in Zukunft als höchst wertvolle Stütze der politischen und militärischen Position unseres Landes erweisen.

Die politische Abwehrsituation jener Jahre ist gekennzeichnet durch die immer engere Abschliessung Basels gegenüber der badischen Nachbarschaft. Unsere Stadt, die in Friedenszeiten als Drehscheibe Europas von

jeher enge Beziehungen weit über die Landesgrenzen hinaus gepflegt hatte, zog sich nun auf die schweizerische Stellung zurück. Ist es ein Zufall, dass allenthalben das Interesse für Schweizergeschichte erwachte? Freilich konnte es auch hier nicht bei einer abwartenden Haltung sein Bewenden haben, da der Gegner auch von innen her drohend auftrat. Am 15. November 1938 wurde dem Polizeidepartement eine Abteilung Politische Polizei angegliedert; ihre Aufgabe war es, die subversive Tätigkeit der schweizerischen Rechtsextremisten zu beobachten und wenn nötig auf Grund der Demokratie-Schutzverordnung gegen staatsfeindliche Umtriebe vorzugehen. Leonhardts Volksbund zeigte nun in seiner Fahne auf einem langschenkligen Schweizerkreuz ein weisses Hakenkreuz, womit die Hörigkeit dieser Gruppe auch nach aussen deutlich wurde. Polizeiliche Erhebungen ergaben schon damals, dass mehrere Mitglieder dieses Kreises einen politischen Nachrichtendienst für Deutschland organisiert hatten, um über Vereine, Firmen und Privatpersonen in Basel politische Angaben zu übermitteln. Das Bundesstrafgericht verurteilte fünf Angeklagte zu Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr. In diesem Zusammenhang ist auch das am 27. November 1938 vom Souverän gutgeheissene kantonale Gesetz über den Ausschluss der Kommunisten und Angehöriger anderer staatsgefährlicher Organisationen vom öffentlichen Dienst zu erwähnen.

Den Zeitungen gebot die steigende Empfindlichkeit der deutschen Machthaber eine gewisse Zurückhaltung in der Beurteilung deutscher Vorgänge, vor allem seit sich immer deutlicher zeigte, dass deutscherseits die Haltung unserer Presse als Vorwand zu Angriffen gegen die Neutralität unseres Landes gebraucht wurde. Es handelte sich für die Redaktoren darum, ob sie die Wahrheit unverblümt oder unter vorsichtiger Lenkung des Lesers veröffentlichen sollten. Im allgemeinen erkannten auch hier die Basler Zeitungen ihre Verantwortung, indem sie ihre Leser behutsam auf Schlimmes vorbereiteten und gleichzeitig die Behörden zu höchsten Anstrengungen in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht ermahnten. Leicht war es ohne Zweifel nicht, solche Zurückhaltung zu üben, wenn man die heftigen Reaktionen bedenkt, die zum Beispiel das deutsche Vorgehen gegen Österreich (März 1938) und gegen die Tschechoslovakei (März 1939) in der Basler Öffentlichkeit auslöste. Auch die Aussenpolitik Bundesrat Mottas, welche die Anerkennung der integralen Neutralität der Schweiz anstrebte, war in manchen Kreisen unserer Stadt dem Vorwurf des Leisetretens gegenüber den Diktatoren Mussolini und Hitler ausgesetzt.

Wer vor aller Welt unverhohlen auszusprechen wagte, was der einfache Mann auf der Strasse vom Nationalsozialismus und seinen Methoden dachte, sicherte sich grossen Beifall. So wurde die Parole, die Bundesrat Hermann

Obrecht am 16. März 1939, einen Tag nach der deutschen Besetzung Prags, hier in Basel prägte, rasch zum geflügelten Wort:

> «Jedermann muss wissen, dass dem, der uns angreift, der Krieg wartet. Wir werden nicht ins Ausland wallfahrten gehen, um Hilfe zu suchen, sondern wir werden uns selbst und auf uns selbst gestellt unserer Haut zu wehren wissen.»

In der «National-Zeitung» kommentierte ein Mitarbeiter die Prager Ereignisse mit den Sätzen:

> «Jeder, der irgendwie im Machtbereich Deutschlands steht, wird wissen, dass nur eine Staatspolitik, die vor dem Kampf um die Existenz nicht einen Augenblick zurückscheut, und ein einhelliger Wille des Gesamtvolkes zum Widerstand heute in Frage kommen. Verträge, Versicherungen, Beteuerungen und sonstige diplomatische Sicherungen haben eine starke Einbusse erlitten.»

Einige Tage später meldete ein offizielles Communiqué, dass der Bundesrat das Laden der Minen an allen Fronten angeordnet und zur Verstärkung der Bewachung die nötigen Truppenaufgebote erlassen habe. Diese Vorsichtsmassnahmen galten unter anderm auch den Basler Rheinübergängen. Zum erstenmal wurden die neuen Alarm-Detachemente der Basler Grenztruppen in Verbindung mit dem Regimentskommando aufgeboten. In diese Zeit fällt ebenfalls die Aufforderung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes an die Bevölkerung, Notvorräte für zwei Monate anzulegen. Von dieser Pflicht blieben jene Einwohner ausgenommen, die ihrem niedrigen Einkommen entsprechend als Mitglieder der Öffentlichen Krankenkasse Anspruch auf den vollen kantonalen Beitrag hatten. Einzelne Stichproben, in den folgenden Monaten da und dort durchgeführt, ergaben das befriedigende Resultat, dass die Bevölkerung im allgemeinen dem Ruf der Behörden Folge geleistet hatte.

## Generalmobilmachung 1939

Die Reaktion Englands und Frankreichs auf Hitlers Angriff gegen die Tschechoslowakei liess keinen Zweifel darüber offen, dass jede weitere Expansion Deutschlands auf den äussersten Widerstand der Westmächte stossen werde. In Anbetracht der dynamischen Aussenpolitik der Nationalsozialisten wurde damit eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Mächten des status quo und der Achse Deutschland-Italien wahrscheinlich, wenn auch nicht unvermeidlich. Dem politischen Beobachter konnte es